



Das Reichsbanner

Nr. 1 31. Jahrgang März 1987

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

Denn sie wissen, was sie tun

Seit der Wende hat sich das geistig-moralische Klima in der Bundesrepublik entscheidend geändert: die Grenzen zwischen Konservativen, Neokonservativen und Nationalisten sind kaum noch erkennbar. Wer geglaubt hat, die besondere Hinwendung zu deutsch-nationaler Arroganz hänge mit dem Wahltermin zusammen, wird sich irren. Nicht nur „Weiter so, Deutschland“, sondern „Jetzt erst recht, Deutschland“ wird die gesellschaftspolitische Situation in den nächsten Jahren bestimmen.

So wird zum Beispiel in der Außenpolitik verkündet, man werde sich an geschlossene Verträge halten. Zur selben Zeit wird eine „Wende der Entspannungspolitik der 70er Jahre“ gefordert. Das Schlesiertreffen im vorigen Jahr konnte nur durch Druck der Öffentlichkeit verändert werden. Sonst hätte der Bundeskanzler schwerlich ohne Verlust völliger Glaubwürdigkeit dort reden können. Im Juni 1987 dagegen wird in Hannover unter dem Motto „Mit uns für Schlesiens Zukunft“ Franz Josef Strauß als Starredner auftreten. Es ist ein übles Spiel, den Polen vertraglich Frieden und wirtschaftliche Zusammenarbeit zuzusichern und gleichzeitig den schlesischen Vertriebenen oder ihren Kindern und Enkeln Hoffnung auf eine Zukunft in Schlesien zu machen. In der Wiedergutmachung von NS-Unrecht sind bestimmte Personengruppen durch die Gesetzgebung ausgegrenzt worden. Allein 435 Einzelfälle von Sintis und Romas, die teilweise jahrelang in KZ-Haft waren, übergab der SPD-Fraktionsvorsitzende

Hans-Jochen Vogel dem Bundeskanzler, um die Notwendigkeit ergänzender Maßnahmen zu untermauern. Vom Auschwitzkomitee in Israel kamen Vertreter, um zu beweisen, daß auch die sogenannten Mengele-Zwillinge, an denen verbrecherische Versuche verübt wurden, bisher ohne eine Entschädigung geblieben sind.

Die Entgleisung Kohls in Israel und das Leugnen jeglichen Antisemitismus passen gut zusammen. Fellners Äußerungen „wenn in deutschen Kassen Geld klimpert“ meldeten sich die Juden schnell zu Wort, hat deutlich gezeigt, was sich in den letzten Jahren verändert hat. Vor der Wende war der Antisemitismus im wesentlichen beschränkt auf radikale Außenseiter oder rechtsextremistische Gruppen. Nun hat er eine neue Dimension bekommen, denn jetzt sind es Bürgermeister, Oberbürgermeister und Abgeordnete, also Mandatsträger der christlichen Regierungsparteien, die sich nicht scheuen, die antisemitische Tradition der vergangenen Epoche fortzusetzen.

Das Schüren von Fremdenfurcht und Ausländerfeindlichkeit gehört in dieselbe Kategorie antidemokratischer Gesinnung. Asylrecht ist Menschenrecht. Daher sollte die Verletzung der Menschenrechte in dieser Frage ebenso angeprangert werden wie in anderen Teilen der Welt. Allein die Auflage, daß Asylanten fünf Jahre keine Arbeit annehmen dürfen, kommt einer zumindest psychischen Vernichtung sehr nahe. Inwieweit diese Bestimmung überhaupt mit dem Grundgesetz und der Konvention der Menschenrechte vereinbar ist, wird zu prüfen sein. Der Versuch, das Asylrecht im Grundgesetz zu ändern oder es zu streichen, zeigt eine erschreckende Menschenverachtung ihrer Befürworter.

Der Geist des freiheitlichen Grundgesetzes beruht auf den bitteren Erfahrungen der NS-Diktatur. Die Tätigkeit der Stahlhelm-Fraktion führt zu einer Aushöhlung demokratischer Grundwerte. Deutschnationales Gedankengut will die Geschichte der jüngsten Vergangenheit revidieren. Das Vermächtnis von Millionen Toten und die Zukunft der kommenden Generationen verlangt es, dies anzuprangern und zu bekämpfen. Dies ist nicht Aufgabe einer Partei, sondern aller Demokraten.

(Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten)

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV), und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahreschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Industriewerbung Nold, In der Römerstadt 12, 6000 Frankfurt am Main 50.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Heinrich Bode (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

„Wir stehen eisern“

Vor 55 Jahren: Gründung der „Eisernen Front“

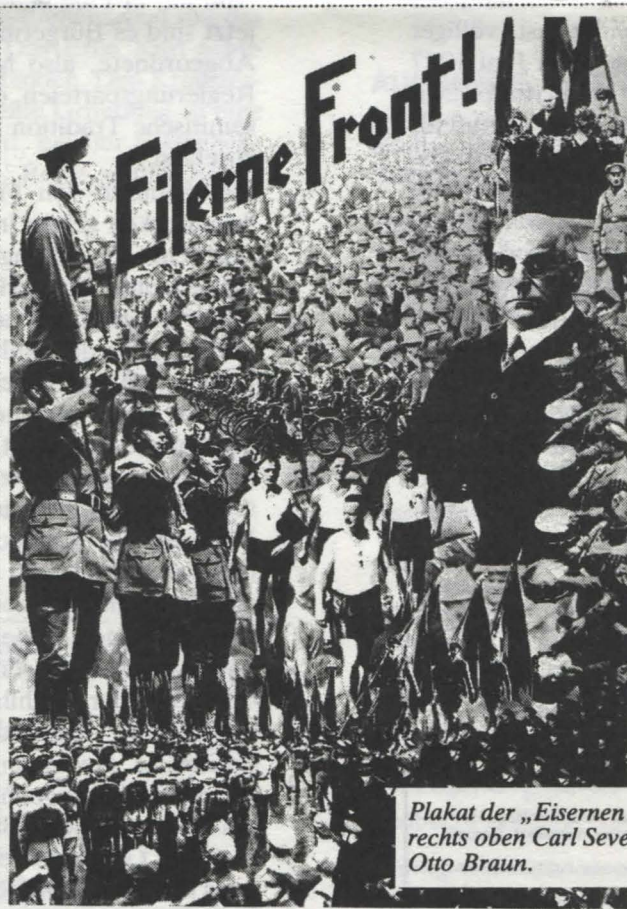
Die Eisernen Front! Alle Arbeiterorganisationen einig im Kampf gegen den Faschismus!“ verkündete der „Vorwärts“ vom 17. Dezember 1931. Und weiter hieß es: „Bereit zu jedem Kampfe! Überwindung der faschistischen Gefahr ist die erste Pflicht.“ Mit diesen Erklärungen riefen die Führungsspitzen von Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB), Angestellten-Bund (Afa), Arbeitersportler und SPD auf einer Zusammenkunft am 16. Dezember 1931 zu einer neuen Phase im Kampf gegen den Faschismus durch die Gründung eines neuen Kampfverbandes auf. Der SPD-Vorsitzende Otto Wels: „Die Front, die wir schmieden, hat man die ‚Eiserne Front‘ genannt. Wir nehmen den Namen an. Wir werden zeigen, daß wir eisern zusammenstehen.“

Die Initiative zu dieser Gründung ging vom Reichsbanner und besonders dessen Vorsitzenden Karl Höltermann aus. Das Reichsbanner, 1924 als überparteiliche Organisation überwiegend sozialdemokratischer und republikanischer Schutzbünde begründet, verstand sich damals als Sammlung demokratischer Verbände gegen die Zunahme nationalistischer Bünde und deren republikfeindliche Aktivitäten (Kapp-Putsch, Hitler-Putsch). Die ursprüngliche Absicht, andere Parteien wie Zentrum und Demokraten (DDP) miteinzubeziehen, konnte in der Praxis jedoch nicht durchgesetzt werden, so daß das Reichsbanner fast ausschließlich sozialdemokratisch geprägt blieb. Die seit 1930 erneut wachsende Bedrohung der Republik durch die politische Rechte forderte aus der Sicht des Reichsbanners eine neue Front der Demokraten geradezu heraus: Durch Massenarbeitslosigkeit und Elend radikalisierte Kreise hatten in den Septemberwahlen von 1930 die Nationalsozialisten von bisher 12 auf 107 Mandate im Reichstag katapultiert, und den endgültigen Anstoß zum Handeln gab der im Oktober 1931 erfolgte Zusammenschluß von nationalistischen Kräften

mit dem Großkapital zur „Harzburger Front“. Einen Monat später forderte Höltermann vor der Bundesratssitzung des Reichsbanners „die Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte in Deutschland ... Kommt es zur Bildung dieser eisernen Front, dann wird das der Anfang der Niederlage der Nationalsozialisten sein. Darum: Wir schaffen die Eisernen Front!“

Der Gründungsauftrag ließ nicht erkennen, daß in Teilen der SPD-Führung Vorbehalte gegenüber der Schaffung einer neuen außerparlamentarischen Machtbildung bestanden, aber im Januar 1932 traten diese Bedenken in den Hintergrund, und die organisatorische Konzeption wurde in die Tat umgesetzt. Die gesamtpolitische Führung lag in den Händen der SPD, für die technische Leitung und Durchführung war das Reichsbanner als Schutz- und Kampfformation (Schufo) zuständig, und der ADGB hatte den Auftrag, durch die Bildung von „Hammerschaften“ die Schlagkraft der Arbeiterschaft in den Betrieben zu stärken und die Voraussetzungen zur Durchführung

eines Generalstreikes zu schaffen. Mit einer großen Kundgebung am 31. Januar 1932 im Berliner Sportpalast eröffnete die „Eiserne Front“ ihre Propagandaoffensive. Höltermann als gefeierter Redner forderte für die kommende „Rüstwoche“ ein Bekenntnis aller Demokraten zur Republik mit der Parole „Hinein in die Eisernen Front“. Der Erfolg und der Zulauf zu „Höltermanns Blechsoldaten“, wie die NS-Presse höhnte, blieb zunächst nicht aus. Eine Welle von Massenkundgebungen ging jetzt durch Deutschland. Die jüngere Parteiführung der SPD, allen voran Haubach, Mierendorff und Schumacher, setzte auf eine neue, offensive Massenpropaganda, die von dem Psychologen und Exilrussen Tschachotin gelenkt wurde. „Hitler mit seinen eigenen Waffen schlagen“, durch affektgesteuertes, kampfbetontes Agieren sollten die Massen motiviert und mobilisiert werden. Die von Tschachotin entworfenen drei Pfeile auf rotem Grund symbolisierten SPD, Gewerkschaften und Reichsbanner und sollten auf die Kampfprinzipien Einigkeit, Aktivität und Disziplin hinweisen.

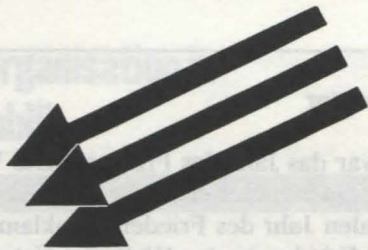


Plakat der „Eisernen Front“ von 1931, rechts oben Carl Severing, rechts Mitte Otto Braun.

Einwände von Traditionalisten in der Parteileitung gegen solche emotionalisierte Formen des Kampfes waren im Juli 1932 gegenstandslos, als die drei Pfeile offiziell zum Symbol der „Eisernen Front“ im Kampf gegen die Nationalsozialisten erklärt wurden, ergänzt durch die emporgerockte Faust und den Ruf „Freiheit!“. Jedoch die Hoffnung, weitere Organisationen würden sich der „Eisernen Front“ anschließen, erfüllte sich nicht. Außerhalb des ADGB stehende Gewerkschaften verweigerten sich, der politische Katholizismus schuf seine eigenen Abwehrformationen, und die Kommunisten sahen ihren Hauptgegner in der „sozialfaschistischen“ SPD. Lediglich die DDP stellte ihren Anhängern frei, sich in der „Eisernen Front“ zu engagieren.

Während dessen steuerte das Krisenjahr 1932 einer weiteren Eskalierung der Gewalt und einschneidenden politischen Veränderungen zu. Die von der SA provozierten,

ZUSAMMEN



gewalttätigen Auseinandersetzungen erreichten angesichts der am 31. Juli anstehenden Reichstagswahl im Juni und Juli 1932 einen neuen Höhepunkt. Der NS-Terror schreckte vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen nicht zurück, doch der gemeinsame Feind ließ die Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft im Hintergrund, von den Nazis angegriffene Kommunisten erhielten teilweise Unterstützung von der „Eisernen Front“ und umgekehrt, der Gedanke einer gemeinsamen Aktionsfront fand bei der Basis wachsende Zustimmung.

Dann kam der 20. Juli 1932. Die Reichsregierung von Papen setzte im Handstreich die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung ab. Dieser „Preußenschlag“ galt für viele Mitglieder der „Eisernen Front“ als entscheidende Bewährungsprobe, der Ruf nach Widerstand und Generalstreik wurde laut, und vereinzelt wurden auch konkrete Maßnahmen zum sofortigen Losschlagen ergriffen. Doch die Führung von SPD, ADGB und Reichsbanner folgte dieser Forderung nicht und einigte sich auf die Losung „Sicherung der Reichstagswahl!“ Sie hielten angesichts der Kräftevertei-

lung und des Heeres der Arbeitslosen einen Generalstreik für aussichtslos. Die SPD-Führung sah ihre Position bestätigt, als sie bei den Wahlen ihren Stimmanteil knapp halten konnte. Dennoch verlor die „Eiserne Front“ durch diese „Kapitulation“ – wie viele es ausdrückten – an Selbstvertrauen und Schwung. Enttäuschung und Resignation machten sich vielerorts an der Basis breit. Doch das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 gab wieder Anlaß zu Optimismus. Die Strategie der „Eisernen Front“, auf Wahlen zu setzen, schien sich durch die erheblichen Stimmenverluste der Nazis zu bestätigen, ihr Niedergang besiegelt. „Wir haben . . . fünf Schlachten geschlagen unter dem Rufe: Schlagt Hitler, und nach der fünften war er geschlagen“, urteilte Otto Wels.

Der Schock kam am 30. Januar 1933. Die Machtergreifung Hitlers löste noch am selben Abend in allen Großstädten antifaschistische Großdemonstrationen aus. Wie im Juli 1932 stand die „Eiserne

Mittwoch den 20. Juli, abends 8 Uhr
In der Schwabinger Brauerei

Kundgebung der arbeitenden Jugend!

Es sprechen
Heinrich Ebert
Walther
Prhr. v. Knöringen

Eiserne Jugend-Front
gegen Faschismus!

Wachende Jugend heraus aus dem!

Schriftführer: Verla München
L. & M.
Für die Jugendfront

Letzte Reichsbanner-Kundgebung in der Stadthalle Stuttgart 1933. Kurt Schumacher spricht. Links Kundgebungseinladung vom 20. Juli 1932.

Front“ vor der Entscheidung des aktiven Widerstandes. Der „Vorwärts“ bat in einem Aufruf vom 31. Januar, „Ruhe zu bewahren, den Kampf auf dem Boden der Verfassung zu führen“. Zugegebenermaßen hatte sich die Lage der „Eisernen Front“ gegenüber den Juliereignissen nicht verbessert, hingegen die Massenarbeitslosigkeit vergrößert, der faschistische Terror verstärkt, und die Einheitsfront der Arbeiterparteien kam durch unüberbrückbare Schwierigkeiten nicht zustande. Wiederum setzte die „Eiserne Front“ auf Wahlen. Diesmal war es der 5. März 1933. Das Ergebnis ist bekannt. Den Schlußakt bildete Hitlers Ermächtigungsgesetz.

Eberhard Flessing

Der Artikel „Wir stehen eisern zusammen“ wurde mit freundlicher Genehmigung der Redaktion aus der Monatszeitschrift SM Sozialdemokrat Magazin Ausgabe 1/Januar 1987 entnommen.

Wir bedanken uns bei SM für die Genehmigung zum Nachdruck und für das Engagement bei der Aufarbeitung unserer gemeinsamen Geschichte.

Die Redaktion

Kommentar

1986 war das Jahr des Friedens. Die Vereinten Nationen hatten das Jahr 1986 zum Internationalen Jahr des Friedens proklamiert.

Ist der Frieden in der Welt nun sicherer geworden?

Haben sich die Mitglieder der Vereinten Nationen an ihre Empfehlung gehalten?

Wurden 1986 weniger Waffen produziert?

Haben die Supermächte die Abrüstungsverhandlungen nach vorn gebracht?

Die Reihe der Fragen ließe sich fortsetzen. Die Antworten müssen leider negativ ausfallen.

Der Frieden in der Welt wurde trotz des Internationalen Jahr des Friedens nicht sicherer. Im „Jahr des Friedens“ wurde in 37 Kriegen getötet. Der Rüstungswettlauf und das Streben nach militärischer Übermacht haben weiter das Handeln der Supermächte bestimmt. Gutgemeinte Vorschläge wurden nicht aufgegriffen. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor ein von Waffen strotzendes Land; in der DDR sieht es nicht besser aus.

Die Sehnsucht der Menschen nach Frieden in der Welt, nach einer Politik der Abrüstung, nach Entspannung und Verständigung bleibt bestehen.

Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Für uns muß jedes Jahr ein Jahr des Friedens sein. Unser Eintreten für Frieden, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Demokratie, Respektierung der Menschenrechte, Gewerkschaftsrechte und sichere Arbeitsplätze darf nicht nachlassen. Nehmen wir gemeinsam die Verantwortlichen in die Pflicht.

Karl-Heinz Jungmann

Reichsbanner intern

Der Freiheitsbund berichtet

Anläßlich des 25-jährigen Bestehens der Berliner Freiwilligen Polizeireserve fand in der Philharmonie eine Feierstunde statt. Bei dieser Gelegenheit wurden eine Reihe von Kameraden des Freiheitsbundes mit dem Ehrenzeichen der FPR ausgezeichnet. Das Ehrenzeichen in Silber erhielt Werner Hinze.

Die gleiche Auszeichnung in Gold wurde verliehen an:

Lutz Rohleder, Erwin Szulzewski und Günter Wruck.

Mit der Sonderstufe wurden ausgezeichnet.

Günter Grodka †, Kurt Neubauer und Richard Beck.

Vorstand und Landesausschuß sprechen ihre herzliche Gratulation im Namen aller Kameraden aus.

Bodo Thomas

Leider müssen wir zur Kenntnis geben, daß unser Kamerad Günter Grodka am 21. Januar 1987 nach langer Krankheit im 75. Lebensjahr verstorben ist.

Günter Grodka war aktiver Reichsbannermann und bei der Gründung des Freiheitsbundes einer der Männer der ersten Stunde. Über 35 Jahre hat er in verantwortlicher Funktion die Bezirke Zehlendorf und Steglitz betreut. Sein Tod bedeutet für uns eine Lücke, die wir nur schwer werden schließen können.

Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt seinen Angehörigen.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Freiheitsbund e.V.

gez. Bodo Thomas

gez. Richard Beck

Karl-Heinz Jungmann neuer DGB-Landesvorsitzender in Hessen

Am 27.02.1987 wurde der Kamerad Karl-Heinz Jungmann auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz des DGB-Landesbezirks Hessen zum Nachfolger des in den DGB-Bundesvorstand gewechselten Kollegen Jochen Richert zum neuen DGB-Landesvorsitzenden gewählt. Karl-Heinz Jungmann wird deswegen seine Funktionen als Geschäftsführer und Kreisvorsitzender der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt aufgeben. Neben seiner die Einzelgewerkschaften in den DGB integrierenden Aufgabe erklärte der neue DGB-Landesvorsitzende u.a. als eine Hauptaufgabe die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzungen, die Ausweitung der Mitbestimmung und Erhalt der Montanmitbestimmung, den sozialen und humanen Einsatz neuer Technologien, die tatsächliche Gleichstellung der Frauen über Frauenförderpläne und die Sicherung des Friedens durch weltweite Abrüstung.

Bücher, Bücher...

Jürgen Ziegler: „Mitten unter uns“, Spuren eines Konzentrationslagers, VSA-Verlag, 19,80 DM.

Aufgerüstelt durch Geschichtsvorlesungen und einen Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof, Elsaß, stellte der Autor, er ist Gewerkschaftssekretär bei der Deutschen Postgewerkschaft, eigene Geschichtsforschungen über das KZ Natzweiler-Struthof und über das KZ-Außenlager in seiner baden-württembergischen Heimat an. Mit seiner Arbeit hat er dazu beigetragen, daß über die Nazidiktatur mehr diskutiert, nachgefragt und nachgeforscht wird.

Briefe und Meinungen

Alle Briefe, die uns erreichen, werden sorgfältig gelesen. Nicht alle Briefe können veröffentlicht werden. Je kürzer ein Leserbrief ist, desto größer sind die Chancen zur Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Für veröffentlichte Leserbriefe übernehmen wir nur die presserechtliche Verantwortung.

Kriegsdienstverweigerung

In der Ausgabe 3/86 sind mehrere Leserbriefe von Siegfried Keiling abgedruckt, die uns wegen ihrer intoleranten Äußerungen, z.B. zum Thema „Kriegsdienstverweigerung“ auffielen.

Erstens ist uns das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung durch die Verfassung gegeben. Es ist geradezu lächerlich, daß Personen, die diese Verfassung befürworten, Bürger diskriminieren, die ihre Grundrechte wahrnehmen. Deshalb kann die Forderung, wir hätten „im Reichsbanner nichts zu suchen“ nicht im Interesse des R.B. sein.

Zweitens kann man diese Forderung nicht aus der Tradition des R.B. ableiten. Viele Teilnehmer am 1. Weltkrieg lehnten nach den grausamen Erfahrungen das Töten grundsätzlich ab.

Drittens ist der Begriff „Wehrdienstverweigerer“ falsch. Im GG wurde bewußt ein anderer Begriff gewählt, - Die Verweigerer lehnen es nicht ab, sich zu wehren (nichts anderes tun wir mit diesem Brief), sie können sich aus Gewissensgründen nicht an der Organisation des Tötens beteiligen, weder in der Bundeswehr noch als „Freiheitskämpfer“ -.

Wir sind der Meinung, daß durch derartige Äußerungen gewisse politische Meinungen, die Herrn Keiling nicht ins Konzept passen, diffamiert werden sollen, politisch isoliert werden sollen. Und dazu ist das „Reichsbanner“ zu schade.

Dominik Hluchy, 2160 Stade
Thomas Schalski, 2160 Stade

Nachrichten, Namen, Notizen

Deckname Schiller

Unter dieser Zeile veröffentlichte die WIENER, Dezember 1986:

Ihre Decknamen: Schiller-Institut, Patrioten für Deutschland, Fusions-Energie-Forum, Europäische Arbeiterpartei.

Ihr Aktionsradius umfaßt die ganze Welt. Sie machen sich stark für SDI und gegen Demokraten, in den USA warnt man vor ihnen als „hardcore Neonazis“. Gesteuert werden sie vom Amerikaner Lyndon LaRouche und dessen Ehefrau und von dem Deutschen Anno Hellenbroich, Bruder des ehemaligen Präsidenten des Verfassungsschutzes Heribert Hellenbroich. Ihre vordringlichen Aktionsziele: Eindringen in die geheimen Zentren von Nuklearforschung und Armee.

Die LaRouche-Organisation in der Bundesrepublik

Organisationen

Europäische Arbeiterpartei (EAP)
Akademie für Humanistische Studien
Club of Life
Anti-Drogen-Koalition (ADK)
Deutsch-französisches Komitee zur Förderung der Kernenergie
Fusions-Energie-Forum (FEF)
Schiller-Institut (SI)
Bürgergruppe „Patrioten für Deutschland“

Gesellschaften

Campaigner Publications Deutschland
GmbH & Co. Vertriebs KG
Executive Intelligence Review Nachrichtenagentur GmbH
Verlag Karl-Heinz Holz
Dr. Böttiger Verlag
P & P Progress-GmbH & Co. Besitz-, Vermietungs- und Service-KG
P & P Betriebsverwaltungsges. mbH

Medien

Neue Solidarität (Wochenzeitung)
Fusion
Ibykus
Spuren und Motive
Executive Intelligence Review (EIR)
Außerdem zahlreiche Bücher und „special-reports“.
Fast alle Organisationen und Gesellschaften haben ihren Sitz in Wiesbaden und besitzen ein Pendant in den Vereinigten Staaten.

Zeitgleich zu diesem eigens für den WIENER geschriebenen Dossier erscheint von Lorscheid/Müller in der Reihe Rowohlt aktuell (Nr. 5916) das Buch „Deckname: Schiller. Die Deutschen Patrioten des Lyndon H. LaRouche“ (DM 9,80).

Aus WIENER, München

Heinrich Bode

„Arbeitserziehungslager“ in Frankfurt am Main

Auf dem Gelände des ehemaligen „Arbeitserziehungslagers“ in Frankfurt am Main-Heddernheim wurde am 16. Januar 1987 von Stadtkämmerer Ernst Gerhardt ein Mahnmal der Öffentlichkeit übergeben.

Als Vertreter der UDWV nahm der Unterzeichnende mit weiteren Kameraden, unter ihnen der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Walter Hesselbach, an der Übergabe teil. Unter Beteiligung von Vertretern der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats, der Gewerkschaften, der jüdischen Gemeinde, Jugendorganisationen und Heddernheimer Bürgern legten Stadtkämmerer Gerhardt in Vertretung des verhinderten Oberbürgermeisters und der Vorsitzende des Ortsbeirates Kränze nieder.

In seiner Rede verband der Stadtkämmerer seine Worte mit dem Apell, aus dem Geschehenen Lehren zu ziehen und auch heute „... allen Begegnungen, die zur Unfreiheit führen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten ...“.

In der Zeit von 1942 bis 1945 sind von der Gestapo überwiegend polnische und russische - aber auch deutsche - Zwangsarbeiter durch dieses Lager geschleußt und zu Arbeitseinsätzen gebracht worden.

Georg Prinz

Der Alterspräsident Willy Brandt vor dem Bundestag 1987

... Toleranz bedeutet, die Glaubensentscheidungen der Anderen zu achten und ihre religiösen Gefühle zu respektieren - auch im Gebrauch der Meinungsfreiheit. Der hier spricht, ist eher für mehr als weniger Meinungsfreiheit. Ich will mich also von keiner Art von Zensur in Anspruch nehmen lassen.

... Zu dem, was wir hinzuzulernen hatten, gehörte, daß die Menschheit seit einiger Zeit in der Lage ist, sich selbst zu vernichten.

... Die demokratische Ordnung lebt von der Gleichwertigkeit derer, denen aufgegeben ist, sich um das Gemeinwohl zu bemühen - Abgeordnete höheren oder niederen Ranges gibt es nach der Verfassung nicht. Für mich ergibt sich hieraus, daß alle Fraktionen über die gleichen Chancen der Mitwirkung verfügen sollten.

h1b

Nachzahlung möglich

Die Erleichterung der Voraussetzung für den Bezug von Altersruhegeld ist noch nicht überall bekannt. Vermutlich schlummern noch in zahlreichen Schränken und Schubladen 65jähriger und älterer Bundesbürger Versicherungskarten aus früheren Jahren, die jetzt einen Rentenanspruch begründen können. Statt der vor 1984 geforderten 180 Monate Versicherungszeit (= 15 Jahre) brauchen heute nur noch 60 Monate (= 5 Jahre) nachgewiesen werden. Dabei kommt es nicht darauf an, wie lange die letzte Beitragszahlung zurückliegt. Hauptsache ist, es kommen insgesamt 60 Monate zusammen. Das Altersruhegeld kann rückwirkend vom Jahre 1984 an zugewilligt werden, wenn beispielsweise eine 68jährige Witwe jetzt erst feststellt, daß sie aus früheren Jahren über ausreichende Versicherungszeiten verfügt.

Kindererziehungszeiten

Mit einem öffentlichen Aufruf wenden sich die Rentenversicherungsträger an die Angehörigen des Jahrgangs 1922, die sich bisher noch nicht gemeldet haben, um die Anerkennung der Kindererziehungszeiten zu beantragen. Wer bereits in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert war, muß die Kindererziehungszeit bei dem Versicherungszweig geltend machen, zu dem er den letzten Beitrag bezahlt hat, auch wenn er mittlerweile erstattet worden ist. Wer nie versichert war, hat die Wahl, die Kindererziehungszeit entweder in der Arbeiterrentenversicherung oder in der Angestelltenversicherung geltend zu machen. Mütter, die bereits eine Versicherungsnummer der gesetzlichen Rentenversicherung haben, werden von Amts wegen angeschrieben und brauchen sich daher nicht selbst zu melden.

Über 500 000 Beschäftigte weniger als 1980

„Aufgabe Nummer 1 ist die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit.“ So Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983. Und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler meinte am 3. Mai 1983 in der Bild-Zeitung: „Wir brauchen mindestens zwei Jahre harte Arbeit, um die Arbeitslosigkeit auf eine Million herunterzudrücken.“ Inhaltlich gleich äußerte sich damals Arbeitsminister Norbert Blüm. An diesen, ihren eigenen Worten gemessen, hat die Bonner Koalition kläglich versagt. Der Beschäftigungszugang der letzten beiden Jahre ist natürlich begrüßenswert, aber er ist kein Zeugnis für einen beschäftigungspolitischen Erfolg der Regierung.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen war 1986 um rund 1,34 Millionen oder 150 Prozent (!) höher als 1980 (889 000). Mit 2,23 Millionen gemeldeten Arbeitslosen - und außerdem über 1,1 Million nicht registrierten Arbeitssuchenden - geht die Bundesrepublik in den nächsten konjunkturellen Abschwung.

Frauen erhalten Hans-Böckler-Preis

Zum ersten Mal in der Geschichte des Hans-Böckler-Preises kommen zwei Frauen in den Kreis der Preisträger: die Türkin Mine Moray, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Saba-Fernsehwerke, und Renate Stäbler, Betriebsratsvorsitzende der Leonberger Bausparkasse. Damit wird das Engagement von Frauen in den Organen der Mitbestimmung gewürdigt.

Krasse Umverteilung der Steuerlast

Die Steuerpolitik der Regierung Kohl hat zu einer riesigen Verschiebung der Steuerlast zu Lasten der Arbeitnehmer geführt. Von 1983 bis 1986 sind Arbeitnehmer, Haushalte und Verbraucher mit insgesamt 32 Milliarden DM zusätzlich an Steuern belastet worden. Unternehmen, Landwirtschaft und Hauseigentümer sind dagegen mit insgesamt 38 Milliarden DM entlastet worden. Die durchschnittliche Belastung der Löhne durch die Lohnsteuer ist seit 1983 erstmals höher als die durchschnittliche Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit mit direkten Steuern. Und diese Tendenz hält über 1986 hinaus an.

Diese Daten ergeben sich aus einer Untersuchung der Verteilungswirkungen der Bonner Steuerpolitik durch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (H. 12/1986 der WSI-Mitteilungen). Die Entlastungswirkungen der angeblich „großen“ Steuerreform von Anfang 1986 wurden bereits in die Analyse einbezogen. Und die schon beschlossene zweite Stufe der „Steuerreform“ soll ab 1988 noch mehr als die erste Stufe den Unternehmen und Selbständigen zugute kommen.

Die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer stieg von 15,2 Prozent der Bruttolöhne und -gehälter im Jahre 1980 über 16,6 Prozent im

Jahre 1982 und auf 17,8 Prozent 1986; für 1987 wird eine Belastung von 18,4 Prozent vorausgeschätzt. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen waren 1980 mit 21,7 Prozent durch Einkommen-, Körperschaft- und andere direkte Steuern belastet. Ihre Belastung ging auf 16,0 Prozent 1986 und, vorausgeschätzt, 15,7 Prozent 1987 zurück.

Dennoch fordern maßgebliche Koalitionspolitiker weitere Steuersenkungen für Unternehmen und Selbständige mit hohem Einkommen als vorrangige Aufgabe. Für die Arbeitnehmer stellt sich die Frage: „Weiter so“ mit dieser skandalösen Ungerechtigkeit?

Schwerbehinderte im Abseits

Nur fünf Prozent der Arbeitsplätze waren 1985 mit Schwerbehinderten besetzt. Damit ist die Pflichtquote von sechs Prozent deutlich unterschritten worden. 1984 waren es noch 5,3 Prozent. Das teilte die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg mit. Öffentliche Arbeitgeber beschäftigten 1985 auf 5,9 Prozent ihrer Arbeitsplätze Schwerbehinderte, private Arbeitgeber nur 4,7 Prozent.

Bundesarchiv in neuem Haus

Das Bundesarchiv hat ein neues Domizil. Nach fünf Jahren Bauzeit ist das Gebäude in Koblenz seiner Bestimmung übergeben worden. An der Einweihungsfeier nahmen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und - als oberster Dienstherr des Bundesarchivs - Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann teil.

Rund 100 000 schriftliche Anfragen pro Jahr beantwortet das Bundesarchiv und 12 000 Benutzer suchen das Archiv selbst auf.

Zugang haben Wissenschaftler, Publizisten, Journalisten und Studenten, die in den historischen Quellen forschen.

Das neue Kulturabkommen mit der DDR hat auch die Kontakte zwischen den Archiven beider deutscher Staaten verbessert, eine gegenseitige Rückgabe von Beständen ist kürzlich vereinbart worden.

Kurz gesagt

Die Jahrestagung der Internationalen Assoziation deutschsprachiger Medien e.V. (IADM) forderte die Regierungen der in den Vereinten Nationen vertretenen deutschsprachigen Staaten auf, sich gemeinsam für die Anerkennung der deutschen Sprache als siebente offizielle Sprache in den Vereinten Nationen einzusetzen.

hfb

Deutsche helfen Deutschen

Die bereits 1957 als Hilfsorganisation für deutsche Flüchtlinge und Heimkehrer gegründete Friedlandhilfe e.V. unterstützt seit nun fast 30 Jahren die bei uns eintreffenden deutschen Aussiedler und die Zuwanderer aus der DDR in den ersten Tagen ihres Lageraufenthaltes mit Dingen des täglichen Bedarfs und mit Kleidung. Dies ist auch heute noch wichtig.

Die Konten der Friedlandhilfe:

Postgirokonto Hannover
(BLZ 250 100 30) 15 15-306

Postgirokonto Köln
(BLZ 370 100 50) 11 65-506

Postgirokonto Nürnberg
(BLZ 760 100 85) 66 29-853

Deutsche Bank Hannover
(BLZ 250 700 70) 385 971

Kreissparkasse Göttingen
(BLZ 260 501 10) 39.

Name Kurt Schumacher nicht mißbrauchen (Erklärung von Annemarie Renger)

„Die der Presse vorgestellte „Kurt Schumacher Stiftung“ des ehemaligen Sozialdemokraten Hermann Kreutzer ist ein Schlag gegen das Erbe des großen sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Kurt SCHUMACHER.

Hermann Kreutzer hat für die Sozialdemokratie viele Opfer gebracht. Indem ich dies hier anerkenne, bedauere ich um so mehr, daß hier der Name Kurt Schumachers als Waffe gegen die Sozialdemokratie mißbraucht wird.

Ich selbst habe es mir stets zur Aufgabe gemacht, das Wirken und die Ideen Kurt Schumachers in der Sozialdemokratie wie in der Bevölkerung lebendig zu halten. Sozialdemokraten haben zu diesem Zweck die Kurt-Schumacher-Gesellschaft gegründet, deren Vorsitzende ich bin. Die Kurt-Schumacher-Gesellschaft arbeitet eng mit der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. zusammen.

Das Erbe Kurt Schumachers liegt also in guten Händen. Der Kreutzer-Verein, der sich des namens Kurt Schumacher bedient, nützt nur Wahlkampfinteressen der CDU/CSU und ist auch dazu bestimmt.“

Die Aktivitäten Hermann Kreutzers zur Gründung einer „Kurt-Schumacher-Stiftung“ sind der erneute Versuch eines ehemaligen Sozialdemokraten, den guten Namen Kurt Schumachers gegen die Sozialdemokratie zu mißbrauchen und der CDU Wahlkampfhilfe zu leisten.

Am 5. November 1971 fand in Bonn die Gründungsversammlung für den Kurt-Schumacher-Kreis auf Bundesebene statt. Dabei handelte es sich damals um einen Freundeskreis ehemaliger politische Häftlinge aus der SPD. Mitgliedschaft im Kurt-Schumacher-Kreis, der nach den organisatorischen und politischen Grundsätzen der SPD arbeiten sollte.

Im Frühjahr 1981 wurde dieser Kreis von Hermann

Kreutzer und einigen anderen ehemaligen SPD-Mitgliedern zu einer CDU-Vorfeldorganisation umfunktioniert. Der Mißbrauch des Namens Kurt Schumachers widerspricht jedem politischen und moralischen Anstand.

Bei dieser Kritik vergesse ich nicht, was Hermann Kreutzer in seinem Leben für die SPD getan und gelitten hat. Das verdient Respekt. Es mindert aber nicht meine Empörung über diesen Anschlag gegen das Vermächtnis Kurt Schumachers, dem ich mich als ehemalige Mitarbeiterin und Vertraute besonders verpflichtet fühle.

Als Vorsitzende der KURT-SCHUMACHER-GESELLSCHAFT werde ich alles daransetzen, das Wirken und die Ideen Kurt Schumachers in der Sozialdemokratie wie in der Bevölkerung lebendig zu erhalten. Die vorgesehene Kurt-Schumacher-Stiftung von Hermann Kreutzer ist eine Irreführung der Öffentlichkeit.

Deshalb habe ich mir zum Ziel gesetzt, Kurt Schumachers politisches Vermächtnis gerade bei der nachwachsenden Generation lebendig zu erhalten. Mein Anliegen ist es, mit einer Stiftung oder Gesellschaft, die seinen Namen trägt, dem Mann ein Denkmal zu setzen, der unter den schweren Bedingungen der vom Naziregime hinterlassenen moralischen und physischen Verwüstung die deutsche Sozialdemokratie ideell, politisch und organisatorisch zu neuem Leben erweckt und zu einem tragenden Pfeiler unserer Demokratie gemacht hat.

Ich gründete zusammen mit anderen Sozialdemokraten die KURT-SCHUMACHER-GESELLSCHAFT, zu deren Vorsitzenden ich gewählt wurde. Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung an. Das Erbe Kurt-Schumachers liegt somit in guten Händen. Den Kreutzer-Verein brauchen wir nicht. Seine Gründung ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, bei der ausschließlich der Wahlkampf der CDU Regie geführt hat.“

MITGLIED WERDEN !

Reichsbanner-Zeitung bestellen!

Bitte die ausgefüllten Formulare an:
 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
 Bund aktiver Demokraten e.V.
 Postfach 10 18 44
 6000 Frankfurt am Main 1

VERBREIBUNG
 VERHINDEREN

Vertreibungen

- bedeuten Elend und Heimatlosigkeit für derzeit 20 Millionen Menschen (Kurden, Äthiopier, Afghanen, Bahai, Assyrer, Stammesvölker in Indien, Indianer), davon nur etwa 11 Millionen offiziell registriert und "betreut"
- treffen vorwiegend ethnische, rassische oder religiöse Minderheiten

Bedroht und vertrieben

- von Bürgerkrieg und Völkermord, von Rassenwahn, Habgier und Landraub
- von ökologischem Raubbau und falschverstandenen Fortschritt

Helfen Sie mit Ihrer Spende

- die Weltöffentlichkeit aufmerksam zu machen auf diese Menschenrechtsverletzungen
- gegen diese Vertreibungen zu protestieren

Gesellschaft für bedrohte Völker
 Gemeinnütziger Verein
 Postfach 20 24 - 3400 Göttingen
 Tel: 0551/ 558 22 - 3
 Postgiro Hamburg 935-200
 BLZ 200 100 20

AUFNAHME - ANTRAG

Ich beantrage meine Aufnahme als Mitglied und erkläre mich bereit, einen Monats/Jahres-Beitrag nach Selbsteinschätzung - mindestens DM 2,00 monatlich -

DM monatlich/jährlich

zu zahlen. Die Aufnahmegebühr beträgt einen Monats- bzw. 1/12 Jahresbeitrag.

....., den 19
 (In Block- oder Maschinenschrift erbeten)

Name:

Vorname:

Beruf/Stand:

geboren am: in:

Anschrift:
 (Straße)

Plz-Ort:

Telefon:

RB-Zugehörigkeit bis 1933: seit in:
 politisch, rassistisch, religiös Verfolgter? (Zutr. unterstr.)

Antrag veranlaßt durch:

 (Eigenhändige Unterschrift)